



Sebastian Beck

Integration vor Ort stärken

Der Nationale Aktionsplan für Integration als Chance



Integration findet immer im konkreten Miteinander statt: vor Ort, in den Städten, Gemeinden und Quartieren. Der Nationale Aktionsplan ist eine Chance, die lokale Ebene von Integrationspolitik zu stärken und Integration als integriertes stadtentwicklungspolitisches Projekt zu konzipieren, über die Logik des Nebeneinanders einzelner Integrationsansätze hinaus. Er ist auch eine Chance, integrationspolitisch an den Potenzialen der Migranten anzusetzen, ihre Rolle als Mitgestalter und Ko-produzenten von Stadt zu betonen und ihre Möglichkeiten für Partizipation, Mitbestimmung und Einbeziehung in Entscheidungen zu stärken.

Was also können Leitplanken lokaler Integrationsstrategien sein? Dieser Frage geht das Dialogforum Integration vor Ort nach, an dem der vhw beteiligt ist. Es ist Bestandteil des derzeit durch die Bundesregierung vorangetriebenen Nationalen Aktionsplans für Integration (NAP), dessen Erarbeitung auf dem vierten Nationalen Integrationsgipfel (NIP) im November 2010 beschlossen wurde. Ziel ist es, über die Selbstverpflichtungserklärungen der NIP hinaus Ziele von Integrationspolitik konkreter zu benennen. So soll Integrationspolitik besser überprüfbar, messbar und verbindlicher werden. An diesem Prozess ist ein breites Akteurspektrum beratend beteiligt. Bis Ende 2011 soll ein entsprechender Kabinettsbeschluss vorliegen. Politik öffnet sich hier für intermediäre Organisationen. Auf welcher Augenhöhe dies geschieht, bleibt zu beobachten. Integration ist ein heißes Thema, und der Bundestagswahlkampf 2013 ist nicht mehr fern.

Arbeit mit elf Dialogforen und drei Ebenen

Der Kreis der am Nationalen Integrationsplan beteiligten Akteure ist breit aufgestellt. Von Bund, Ländern und Kommunen und Migranten bis zu Institutionen und Organisationen aus Wissenschaft, Medien, Kultur, Sport, Wirtschaft, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften. Organisatorisch wird im Rahmen von elf Dialogforen gearbeitet, die konkrete und möglichst messbare Integrationsziele benennen sollen. Themen der Dialogforen sind: frühkindliche Förderung (1), Bildung, Ausbildung, Weiterbildung (2), Arbeitsmarkt, Erwerbsleben (3), Migranten im öffentlichen Dienst (4), Gesundheit, Pflege (5), Integration vor Ort (6), Sprache – Integrationskurse (7), Sport (8), Bürgerschaftliches Engagement (9), Medien (10) und Kultur (11). Bis zum Juli dieses Jahres haben die einzelnen Foren entsprechende inhaltliche Beiträge und Maßnahmenlisten erarbeitet. Diese 77 Papiere werden zu einem Gesamtbeitrag und einer einheitlichen Maßnahmenliste zusammengestellt.

Zu diesem Zweck werden die Ergebnisse der Dialogforen an Bundesressorts weitergeleitet, die bereits im Vorfeld Patenschaften für die jeweiligen Foren übernommen haben. Im Fall des Dialogforums Integration vor Ort, an dem auch der vhw beteiligt ist, ist dies das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS). Unter Leitung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung wird dann ein Entwurf für eine Erklärung des Bundes erarbeitet, der zentrale Ziele und Maßnahmen benennt. Im November 2011 soll dieser Entwurf dem Bundeskabinett zum Beschluss vorgelegt werden.

Neben dieser Arbeit auf Bundesebene laufen zwei weitere Prozesse auf Länder- bzw. kommunaler Ebene. Auf Länderebene wurden im Rahmen der Integrationsminister-Konferenz im Sommer 2011 Beiträge aus den einzelnen Länderressorts eingeholt und zu einer gemeinsamen integrationspolitischen Erklärung zusammengefasst. Diese soll am 15. Dezember 2011 auf der Konferenz der Ministerpräsidenten verabschiedet werden. Die kommunalen Spitzenverbände werden ebenfalls einen eigenständigen Beitrag formulieren. Parallel zu ihrer Mitarbeit in den elf Dialogforen werden sie über alle Themenbereiche hinweg eine eigenständige Erklärung erarbeiten, die in der zweiten Jahreshälfte 2011 vorliegen soll.

Alle drei Berichte (Bund, Länder, Kommunen) sind Vorlage für den fünften Integrationsgipfel unter Leitung der Bundeskanzlerin, der voraussichtlich Ende Januar 2012 stattfinden wird.

Monitoring der Integrationsziele bis 2013

Der Nationale Integrationsplan ist ein Aufschlag, um Integration messbar zu machen. Noch vor Ablauf der Legislaturperiode ist eine Überprüfung der dann definierten Integrationsziele vorgesehen. Die Vorbereitungen für dieses Monitoring werden Ende 2012 beginnen. Anfang 2013 sollen die Ergebnisse vorliegen – rechtzeitig für die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes.



Die Debatte im Dialogforum Integration vor Ort

Im Kontext der Arbeit im Städtenetzwerk für mehr lokale Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung ist der vhw zur Mitarbeit im Dialogforum Integration vor Ort eingeladen. Der Ansatz des Städtenetzwerks, Integration auf lokaler Ebene auf Basis eines integrierten Ansatzes zu fassen, der Räume, Themen und Akteure umfasst, soll die Arbeit des Dialogforums begleiten. Dieses Anliegen ließ sich platzieren. Es wurde festgehalten: „Im Dialogforum bestand Einigkeit darin, dass die Entwicklung und Fortschreibung kommunaler Gesamtstrategien zur Integration und die Entwicklung von Leitlinien mit klaren Zielen und Handlungsprioritäten eine hohe Bedeutung haben.“ In diesem Kontext wurde auch die Arbeit des Städtenetzwerks für lokale Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung begrüßt und eingebunden.

Der Bericht des Dialogforums hält fest: „Der vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung erklärt sich bereit, den Dialog mit und zwischen den Kommunen im Städtenetzwerk ‚Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung‘ zu unterstützen, um Integration als Handlungsfeld integrierter Stadtentwicklungskonzepte zu verankern. Hierzu soll der Dialog mit einem möglichst weiten Kreis stadtpolitischer Akteure aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft vor Ort geführt werden.“ Die Arbeit des Städtenetzwerks hat damit eine konkrete politische Anlaufstelle, ebenso wie einen zeitlichen Handlungsrahmen: Bis Ende 2012 gilt es Ergebnisse in Bezug auf lokale integrationspolitische Ansätze einzubringen.

Die Debatte im Dialogforum Integration vor Ort war gleichwohl von den seitens der Bundesregierung vorgesehenen drastischen Einsparungen und Kürzungen im Bundesprogramm Soziale Stadt geprägt. Der vhw und weitere Initiatoren des Bündnisses für eine Soziale Stadt waren am Konsultationsprozess des Dialogforums beteiligt. Aber auch über diesen Kreis hinaus wurde die Position der Bündnisinitiatoren geteilt, dass die für das Jahr 2011 von der Regierungskoalition beschlossenen radikalen Kürzungen des Programms „Soziale Stadt“ dessen bedeutungsvollen strategischen Ansatz beseitigen und das Kernanliegen und die Erfolgsgarantie des Programms, nämlich die Verknüpfung baulich-investiver und sozialer Maßnahmen, nur eingeschränkt zulassen. So konstatiert es auch der entsprechende Bündnisaufruf (www.buendnis-soziale-stadt.de). Inwieweit die parlamentarischen Nachverhandlungen politischen Spielraum für Korrekturen dieser geplanten Kürzungen bieten, blieb während der Sitzungen der Dialogforums noch offen. Festgehalten wurde allerdings: „Im Dialogforum bestand breiter Konsens, dass die Städtebauförderung des Bundes und der Länder auch künftig geeignete Instrumente bereitstellen muss, damit sich nicht einzelne Stadtteile von der übrigen Stadtentwicklung abkoppeln.“ Das

Dialogforum kann hier nur in der Rolle eines Empfehlung gebenden Akteurs bleiben. Was genau mit der Förderhöhe der nicht investiven Maßnahmen geschieht, bleibt im Ermessen der Bundesregierung und sicher Wahlkampfthema.

Übergreifend verständigte sich das Dialogforum auf zwei strategische Ziele: (1) Integration und Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort zu verbessern und (2) Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Quartier zu stärken. Thematisch verständigte man sich darauf, Integration als Querschnittsaufgabe zu verankern, die interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie der Einrichtungen, Dienste und Unternehmen vor Ort stärken und die Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen zu verbessern. Spannenderweise ging es auch um die zentrale Bedeutung des Themas Bildung. Bildungs- und Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten vor Ort zu verbessern, wurde als wichtige Aufgabe benannt. In diesem Kontext spielt die Arbeit des Städtenetzwerks wieder eine strategische Rolle. Im Wortlaut heißt es: „Der vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung wird zudem den Dialog zum Thema Bildung und Integration mit und zwischen den Kommunen im Rahmen des Städtenetzwerks ‚Stärkung lokaler Demokratie durch bürgerorientierte integrierte Stadtentwicklung‘ unterstützen. Ziel ist eine ganzheitliche Konzeption von Bildung als integrationspolitisches Handlungsfeld integrierter Stadtentwicklung.“ Andere Stichworte betonen bekannte integrationspolitische Vorhaben, wie die attraktive Gestaltung von Stadtquartieren, Förderungen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, die Schaffung stabiler Nachbarschaften und die Förderung lokaler Netzwerke.

Ausblick

Das Bundeskabinett wird im November die zentralen integrationspolitischen Maßnahmen und Ziele der Bundesregierung benennen und damit die Agenda eines transparenten und an klaren Vorgaben orientierten Integrationsprozesses benennen. Über Integrations- oder Religionsgipfel, Dialogforen, Studien, Beiräte, Expertengespräche und mehr oder weniger gefragte publizistische Beiträge hinaus wird es damit einen zentralen Bezugsrahmen geben, auf den sich die integrationspolitische Debatte beziehen kann. Das bietet dem breiten Kreis der am NAP beteiligten Akteure auch eine konkrete politische Bühne, auf der ihre integrationspolitischen Projekte stattfinden können. Der vhw wird sich hier spätestens zum integrationspolitischen Monitoring, zur Überprüfung der im NAP angelegten Prozesse, 2012/2013 zurückmelden.

Sebastian Beck

Wissenschaftlicher Referent, vhw e.V., Berlin